

Lieber Peter,

auch wenn man nicht allzu lange auf einem Thema herumreiten sollte (unsere geschätzten Leser wünschen Abwechslung), möchte ich beim Thema Armutszuwanderung doch noch einmal Bilanz ziehen. Ich finde nämlich, dass wir – obwohl bewährte Antipoden bei diesem Thema – erstaunlich viele Argumente in den letzten Briefen zusammengetragen haben, aus denen gerade eine Große Koalition mehr machen könnte als den bisherigen Schlagabtausch (der eigentlich nur Schaden stiften kann, weil er der Bevölkerung eintrichten will, dass in Merkels Regierung der eine Teil die Plünderung der Sozialkassen und der andere die Entfesselung rechtsextremer Stimmungen anstrebe).

1. Du hast vollkommen Recht, wenn Du anprangerst, dass von Rumänien und Bulgarien über die Hälfte der üppigen Milliarden an europäischen Fördermitteln, die den Zugang zum Arbeitsmarkt und die soziale Eingliederung benachteiligter Personen im eigenen Land fördern sollten, bislang nicht abgerufen wurde. Es müsste doch ein gemeinsames Anliegen beider Volksparteien

sein, hier größeren Druck sowohl auf die EU als auch auf die beiden Länder auszuüben, die angebotene Hilfe endlich anzunehmen und einzusetzen.

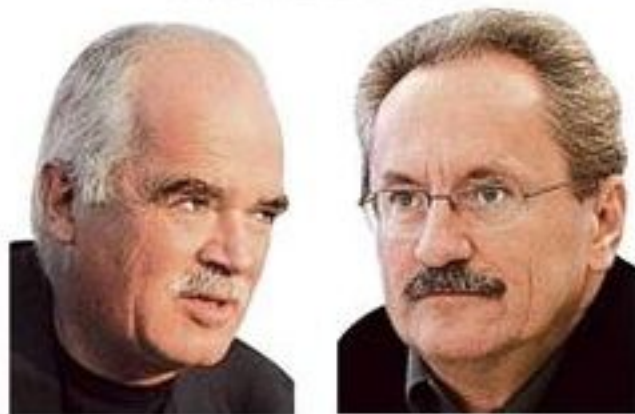
2. In diesem Zusammenhang müsste allerdings auch geklärt werden, ob auch Deutschland Fördergelder für Eingliederungshilfen liegen lässt, statt sie zielstrebig abzurufen. In einer konservativen Sonntagszeitung las ich, dass da ebenfalls Beträge in Milliardenhöhe vor sich hinschlummern sollen. Da könntest Du doch mit Anfragen im Bundestag nachfassen, oder? Auch die Frage, was die frühere Bundesregierung alles getan hat, um sich auf den seit Jahren angekündigten Zeitpunkt der Freizügigkeit für die beiden neuen Beitrittsländer vorzubereiten, harrt noch einer befriedigenden Antwort. Vielleicht gibt es sie gar nicht.

3. Missstände müssen angesprochen werden, weil sich Tatsachen nicht unterdrücken lassen. Darin sind wir uns einig. Deshalb war es richtig, dass der Städtetag im letzten Jahr Probleme mit Zuwanderungsgruppen, die besonders schwer integrierbar sind, klar benannt hat; auch wenn es bislang nur wenige Kommunen

betroffen hat. Selbstverständlich ist es legitim, wenn auch andere das Thema aufgreifen. So weit, so gut. Problematisch bis unverantwortlich wird es meiner Meinung nach nur, wenn ein Problem, das bislang nur wenigen Kommunen zu schaffen macht, so dramatisiert wird, als ob vor lauter Überschwemmung bald „Land unter“ sei. Da soll man doch bitte die Kirche im Dorf lassen.

4. Von Anfang an richtig fand ich Deinen Hinweis vom 5. Dezember letzten Jahres, dass die Gerichte bitteschön nur die Freizügigkeit für Arbeitnehmer, aber nicht den freien Zugang zu den jeweils höchsten Sozialleistungen in Europa gewähren sollen. Das ist ja auch die deutsche Rechtslage, die hoffentlich von der europäischen Ebene nicht in Zweifel gezogen wird. Ich habe

Briefwechsel



zwischen
Peter Gauweiler und Christian Ude

Lasst die Kirche im Dorf – und Misstöne weg!

Christian Ude (SPD) und Peter Gauweiler (CSU) liefern sich jeden Donnerstag an dieser Stelle einen Schlagabtausch. Heute: Christian Ude

es so formuliert: Europa will die freie Wahl des Arbeitsplatzes gewähren, nicht aber allen Europäern die Wahl der besten Sozialleistung. Auf diese Position müsste sich doch eine Große Koalition verständigen können.

5. Richtig schwierig werden erst die Grenzfälle: Was ist, wenn einer nur äußerst kurze Zeit Arbeitnehmer ist, dann aber Hilfeempfänger werden will? Oder wenn er nur halbtags oder noch kürzer einer Arbeit nachgeht, im Übrigen aber „aufstocken“ möchte? Oder wenn er sich als Selbständiger niederlassen möchte, es aber gar nicht schafft oder nicht einmal schaffen will, damit den Lebensunterhalt zu bestreiten? Da können nur die Gerichte und der Gesetzgeber helfen, vernünftige Grenzen zu ziehen.

Bleibt der Streit um die Misstöne, die zum Jahreswechsel so viel Porzellan zerschlagen haben. Ich kann mich nur wundern, wie viele Unionspolitiker die zentrale Neujahrsbotschaft „Wer betrügt, der fliegt“ verharmlosen oder rechtfertigen wollen, als wäre es hier nur um die Selbstverständlichkeit gegangen, dass die Begehung von Be-

trugsdelikten auch ausländerrechtliche Folgen haben könnte. Darum ging es aber nicht, sondern vielmehr um die Frage, ob man die Debatte um Freizügigkeit für Arbeitnehmer in Europa und Armutszuwanderung aus zwei europäischen Ländern mit dem Pauschalverdacht eröffnen darf, Angehörige dieser beiden Völker hätten in so großem Ausmaß betrügerische Absichten, dass dies ein zentrales Problem der Politik im neuen Jahr sei. Das kann man wirklich nur als üble Stimmungsmache und als Diskriminierung von Volksgruppen bezeichnen! Weise diese Kritik bitte nicht gleichforsch zurück, denn inzwischen wird sie – nach langem schweigsamen Grübeln – auch von „Deinem“ OB-Kandidaten geteilt.

Zurück zum Wesentlichen: Es gibt viel zu tun, sowohl in den Herkunftsländern als auch vor Ort in den betroffenen Kommunen sowie bei der Verteidigung, gegebenenfalls der Verbesserung gesetzlicher Regeln. Also an die Arbeit – dort, wo man Probleme lösen oder lindern kann, nicht dort, wo man sie verschärft.

Herzlichst
Dein Christian